

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Wülfrath

Termin Dienstag, 26.03.2019, 17:00 bis 20:28 Uhr

Ort Rathaus
Großer Sitzungssaal

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1	Regularien
1.1	Eröffnung der Sitzung
1.2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
1.3	Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.4	Feststellung der Tagesordnung
1.5	Genehmigung der Niederschrift
2	Befangenheitsprüfung
3	Einwohnerfragestunde
4	Wiederwahl des 1. Beigeordneten und Kämmers Vorlage: BVV-001-2019/1
5	Einrichtung einer Tempo 30 - Zone in Flandersbach Vorlage: 32-003-2019/1
6	öffentlich rechtliche Vereinbarung mit dem RPA des Kreises Mettmann Vorlage: 10/11-001-2019
7	Übertragung der Befugnis zur Pensionsfestsetzung auf die Rheinischen Versorgungskassen (RVK) - Vorlage: 10/11-002-2019
8	Sperrvermerk DMS Vorlage: 10/11-005-2019
9	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2018 Vorlage: 20-002-2019
10	Haushaltssatzung der Stadt Wülfrath für die Haushaltsjahre 2018 / 2019 Vorlage: 20-003-2019
11	Betriebsabrechnung 2016/2017 - Gebührenhaushalt Abfallentsorgung - Vorlage: 20-004-2019
12	Betriebsabrechnung 2016/2017 - Gebührenhaushalt Straßenreinigung und Winterdienst - Vorlage: 20-005-2019
13	Betriebsabrechnung 2016/2017 - Gebührenhaushalt Friedhof - Vorlage: 20-006-2019
14	Betriebsabrechnung 2016/2017 - Gebührenhaushalt Rettungsdienst - Vorlage: 20-007-2019
15	Obligatorische Übertragung von Haushaltsermächtigungen aus 2018 nach 2019 gemäß § 22 KomHVO (alt: § 22 GemHVO) - Vorlage: 20-008-2019
16	Beantragte Übertragungen von Haushaltsermächtigungen aus 2018 nach 2019 gemäß § 22 KomHVO (alt: § 22 GemHVO) - Vorlage: 20-009-2019
17	Änderung der Satzung über die abweichende Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen des Standesamtes nach dem Personenstandgesetz (Gebührensatzung Standesamt) - Vorlage: 32-001-2019
18	Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in der Stadt



	Wülfrath am 26. Mai 2019, 29. September 2019 und 01. Dezember 2019 Vorlage: 32-002-2019
19	Unterbringung Feuer- und Rettungswache und Baubetriebshof Vorlage: II-004-2019
20	Verbesserung der Raumsituation der Feuer- und Rettungswache an der Wilhelmstraße Vorlage: 37-001-2019
21	Änderung der Satzung über die Benutzung der Wülfrather Medien Welt Vorlage: 40/52-001-2019
22	Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Sportstätten der Stadt Wülfrath Vorlage: 40/52-002-2019
23	Anpassung der Eintrittspreise für die Wülfrather Wasser Welt Vorlage: 40/52-003-2019/1
24	OGATA - Einrichtung einer 5. Gruppe an der Lindenschule Vorlage: 40/52-009-2019
25	Bedarfmeldung Tagesbetreuung für Kinder 2019/2020 Vorlage: 51-002-2019
26	Sachstand KiBiz-Reform Vorlage: 51-003-2019
27	Nachnutzung Wilhelmstraße 189 / CDU-Antrag vom 10.10.2018 "Vermarktung VHS-Gebäude" - Vorlage: III-003-2019
28	Nachnutzung Wilhelmstraße 76 / CDU-Antrag vom 10.10.2018 "Vermarktung Altes Rathaus" - Vorlage: III-007-2019
29	Antrag Die Linke v. 28.02.2019 - Teilhabechancengesetz nutzen Vorlage: BVV-005-2019
30	Antrag die Linke - Resolution: Wülfrath hat keinen Platz für Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Rassismus - Vorlage: BVV-006-2019
30.1	Resolution gegen Extremismus Vorlage: BVV-009-2019
31	Antrag SPD v. 07.03.2019 - Resolution Straßenausbaubeiträge Vorlage: BVV-007-2019
	Antrag WG zu TOP 31 - Info-Veranstaltung Straßenbaubeiträge Vorlage: BVV-008-2019
32	Anzeige der Bürgermeisterin über ihre Nebentätigkeit und Nebeneinnahmen gem. § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW - Vorlage: BVV-004-2019
33	Umbesetzung von Gremien und Ausschüssen Vorlage: BVV-002-2019
34	Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

1	Besetzung Amtsleitung Liegenschaften Vorlage: 10/11-004-2019
2	Verkauf der Immobilie Wilhelmstraße 88 -kommunale Kindertagesstätte- Vorlage: 23/60-001-2019
3	Laufende Kosten der Unterbringung der Wülfrather Medienwelt Vorlage: III-009-2019
4	Konditionen Nachnutzung Wilhelmstraße 76 Vorlage: III-008-2019
5	Eigentumsübergang Straßenbeleuchtung Vorlage: II-005-2019
6	Sachstandsbericht Schuldnerberatung Vorlage: 50-001-2019
7	Mitteilungen und Anfragen



Protokoll

Öffentlicher Teil

TOP 1 Regularien

TOP 1.1 Eröffnung der Sitzung

Frau Dr. Panke eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ratsmitglieder, die zahlreichen Besucher und die Presse.

TOP 1.2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

TOP 1.3 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest. Entschuldigt fehlen Herr Brühland (CDU), Frau Gawrych (CDU), Herr Klein (Die Linke), Herr Welp (SPD).

Vor dem nächsten TOP verabschiedet Frau Dr. Panke Ratsfrau Frau Tabea van Hueth (in Abwesenheit) und verpflichtet das neue Ratsmitglied Frau Renate Theis (beide SPD).

Frau van Hueth war vom 21.10.2009 bis 31.12.2008 Ratsmitglied. Frau Dr. Panke würdigt ihre Tätigkeit in zahlreichen Ausschüssen und als Mitglied der Gesellschafterversammlung Ev. Herminghaus gGmbH (24.06.2014 – 31.12.2018), dankt für ihre langjährige Mitarbeit und gibt dem SPD-Ortsvereinsvorsitzenden ein Geschenk für sie mit.

Frau Theis, seit 01.01.2019 Ratsmitglied, wird verpflichtet mit dem Text: „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde, so wahr mir Gott helfe.“

TOP 1.4 Feststellung der Tagesordnung

- Die Vorsitzende Frau Dr. Panke weist auf folgende Änderungen der Tagesordnung hin:
- Vorlagenänderungen: Bei TOP 4 (nachgeschickt) sowie TOP 5, TOP 16 und TOP 33 (Tischvorlage)
 - Änderung bei TOP 30: Zusätzlicher Antrag der WG und SPD
 - Änderung bei TOP 31: Zusätzlicher Antrag der WG

Der Rat hat keine Einwände gegen die geänderte Tagesordnung; Frau Dr. Panke stellt sie somit fest.



TOP 1.5 Genehmigung der Niederschrift

Die Vorsitzende fragt, ob es Anmerkungen zur Niederschrift zur Sitzung vom 04.12.2018 gibt. Es gibt keine; damit ist die Niederschrift genehmigt.

TOP 2 Befangenheitsprüfung

Die Vorsitzende fragt, ob sich ein Ratsmitglied zu einem der Tagesordnungspunkte befangen fühlt. Dies ist nicht der Fall.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Frau Karin Hoffmeister bedankt sich für den neu angebrachten Handlauf am Friedhof und fragt nach den Namensschildern der Schafe in der Fußgängerzone. **Antwort:** Seit der letzten Mitteilung zum Thema Schafe ist ein Unternehmen mit der Fertigung beauftragt worden. Auf Nachfrage teilte es mit, dass die Schilder noch in der Oberflächenbehandlung sind und es noch dauert - wie lange, konnte nicht gesagt werden. Auch die Namen der Schafe sind nicht in Vergessenheit geraten. Die originalen Schilder wurden dem Unternehmen als Muster mitgegeben.

Herr Axel Neubauer/Düssel fragt an, warum große Rechtsverstöße von der Verwaltung großzügig geduldet würden. Frau Dr. Panke weist diesen Vorwurf zurück und fragt nach Beispielen. Herr Neumann erläutert, dass viele Garagen zweckentfremdet würden; andere Städte ahndeten dies mit 500 Euro. Herr Barnat und Frau Dr. Panke weisen darauf hin, dass sie konkrete Hinweise benötigen. Die Verwaltung führt keine Verdachtskontrollen von Garagen privater Gebäude durch. Herr Neubauer weist auf einen Bericht des SWR hin, wonach andere Gemeinden Bußgelder verhängen.

Herr Jürgen Merrath/Karlshaus zitiert aus der Beschlussvorlage zur Tempo 30-Zone in Flandersbach, dass die Polizei keine Verstöße festgestellt habe. Er fragt, wie viele Überprüfungen die Stadt angefragt habe. Herr Schorn teilt mit, dass er noch am Tag der Ratssitzung mit der Polizei deswegen gesprochen hat. **Antwort: 1.** In der Vergangenheit und im Nachgang zur Ratssitzung hat die Polizei Beobachtungen und Kontrollen in Flandersbach durchgeführt. Bereits im Jahr 2016 wurden an der Flandersbacher Straße 324 Fahrzeuge gemessen und 18 Verstöße festgestellt (davon kein Verstoß im Bereich eines Bußgeldes). Dies entspricht einer Verstoßquote von 5,56 %. „Die Verstoßquote zeigte sich im Vergleich zu anderen Straßen des Kreises Mettmann deutlich unterdurchschnittlich, so dass keine weiteren planmäßigen Geschwindigkeitsüberwachungsmaßnahmen durchgeführt wurden“, teilt die Polizei mit. Am 28.03.2019 wurden zwischen 13:00 und 13:50 Uhr insgesamt elf Fahrzeuge im Bereich Flandersbach/Heiligenhauser Weg beobachtet, von denen augenscheinlich eins etwas zu schnell unterwegs gewesen ist. Am 12.04.2019 hat die Polizei von 11 bis 12 Uhr eine Geschwindigkeitskontrolle mit dem Lasermessgerät durchgeführt. Von ca. 20 Fahrzeugen wurden 7 gemessen. Dabei wurde einmal ein Geschwindigkeitsverstoß festgestellt, der mit einem Verwarnungsgeld geahndet werden konnte. Die Polizei hat dabei auch mehrere Kontaktgespräche geführt, unter anderem mit Herrn Klüser vom Bürgerverein.

2. Außerdem hat das Straßenverkehrsamt Kreis Mettmann folgende Geschwindigkeitsüberwachungen auf der Flandersbacher Straße in den Jahren 2016 bis 2018 durchgeführt:

Standort in Höhe Kalkwerk Tor 2 – 13 Messungen

Standort in Höhe Haus Nrn. 92 bis 87 – 86 Messungen

Standort in Höhe Haus Nr. 12 Kindergarten – 39 Messungen.



Herr Michael Becker/Düssel fragt zunächst nach der Lindengruppe am Passionskreuz oberhalb von Düssel. Vor zwei Jahren wurde die kranke Linde gefällt, aber der Wurzelstock wurde nicht vollständig ausgegraben. Die Gefahr der Ausbreitung der Krankheit auf die anderen beiden Linden besteht, wie ein von Herrn Becker nachgereichtes Schreiben der Landwirtschaftskammer NRW verdeutlicht. Es gebe nun zwei Lösungsansätze: 1. Ein möglichst großes Pflanzloch ausheben, den Boden austauschen und eine neue Linde pflanzen. 2. Das Kreuz aufarbeiten, das ganze Gelände überplanen und etwas entfernt drei neue Linden pflanzen. Er möchte wissen, ob die Stadt solch ein Vorhaben unterstützt. Herr Barnat antwortet, dass hier die Zuständigkeit der Stadt begrenzt ist, da es sich um ein Privatgrundstück handelt. Der Baum war krank, daher gibt die Baumschutzsatzung auch nicht mehr her, was die Nachpflanzung angeht. **Antwort:** Zum Vorschlag von Herrn Dr. Klemmer zum Versetzen der Gesamtsituation hat die Verwaltung das Amt für Denkmalpflege im Rheinland beim LVR eingeschaltet. Es handelt sich bei dem Prozessionskreuz von 1762 um ein eingetragenes Baudenkmal, und Denkmalangelegenheiten muss die Stadt im Benehmen mit dem LVR entscheiden.

Die zweite Frage von Herrn Becker betrifft den möglichen Radweg Düssel – S-Bahnhof Hahnenfurt/Düssel. Die Regiobahn habe nur einen Weg von 2 Metern Breite angelegt, was bedauerlich sei. Er fragt, wer für Planung und Realisation zuständig ist. Herr Barnat antwortet, dass Straßen.NRW zuständig ist und dass die Stadt dem Landesbetrieb das Anlegen eines breiteren, kombinierten Rad- und Fußweges vorgeschlagen hat. Ob Straßen.NRW darauf eingeht, kann er nicht sagen. Frau Dr. Panke ergänzt, dass sich die Stadt bemüht, einen sicheren Rad- und Fußweg anzulegen.

Die Vorsitzende teilt mit, dass zu TOP 5 – Einrichtung einer Tempo 30-Zone in Flandersbach – der **Bürgerverein Flandersbach** eingeladen wurde und fragt den Rat, ob der Vertreter des Vereins sich dann äußern kann und nicht in der Einwohnerfragestunde. Der Rat hat keine Einwände.



TOP 4 Wiederwahl des 1. Beigeordneten und Kämmerers
Vorlage: BVV-001-2019/1

Herr Effert teilt die Ansicht der CDU-Fraktion mit, dass Herr Ritsche in den letzten acht Jahren hervorragende Arbeit geleistet habe, und dass die Fraktion sowohl der Wiederwahl als auch der Höhergruppierung zustimmt. Herr Mrstik betont, dass die Leistungen von Herrn Ritsche seine Wiederwahl rechtfertigen und dass die Grünen-Fraktion sich auf die weitere Zusammenarbeit freut. Herr Hoffmann schließt sich für die SPD den Vorrednern an. Frau Dr. Panke dankt Herrn Ritsche für die sehr gute Zusammenarbeit in der Vergangenheit und freut sich auf die weitere gemeinsame Arbeit.

Beschluss:

1. Herr Rainer Ritsche wird gem. § 71 GO NRW mit Wirkung vom 27.07.2019 auf Zeit für die Dauer von acht Jahren zum Beigeordneten der Stadt Wülfrath wiedergewählt und für die Dauer seiner neuen Wahlzeit gemäß § 68 Abs. 1 GO zum Allgemeinen Vertreter der Bürgermeisterin mit der Bezeichnung Erster Beigeordneter sowie zum Kämmerer bestellt.
2. Mit der Wiederwahl wird Herr Rainer Ritsche in die Besoldungsgruppe A 16 eingruppiert; der Stellenplan wird entsprechend angepasst. Außerdem wird ihm weiterhin eine Aufwandsentschädigung in der gesetzlich zulässigen Höhe gewährt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	31	11	8	6	3	1	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								



TOP 5 Einrichtung einer Tempo 30 - Zone in Flandersbach
Vorlage: 32-003-2019/1

Herr Ritsche führt aus, dass das Ordnungsamt seit längerem mit dem Bürgerverein (BV) Flandersbach in Kontakt steht. Daraus entwickelte sich der Vorschlag für eine Tempo 30-Zone, der im AUO abgelehnt wurde. Bei seiner Teilnahme an der BV-Sitzung hat Herr Ritsche einen Kompromissvorschlag vorgelegt. Mit der neuen Tischvorlage stellt die Verwaltung zwei Alternativen vor: 1. Es werden alle Schilder abgebaut und alle Haltelinien entfernt. 2. Wie 1, zusätzlich wird an den Einmündungen ein „Rechts-vor-links-Schild“ aufgestellt (Zeichen 102). Mit der Polizei sind die Vorschläge abgestimmt. Aus Verkehrssicherungsgründen ist es besser, mit Schildern zu arbeiten (Alternative 2). Die Kosten liegen bei der Hälfte des ursprünglichen Vorschlags.

Frau Kückler stellt fest, dass Schilder nicht reichen, und fordert wiederkehrende Verkehrskontrollen. Nach einem Jahr soll der Erfolg der Maßnahme überprüft werden. Herr Effert begrüßt die Idee einer Rechts-vor-links-Regelung und kündigt die Zustimmung der CDU an.

Herr Klüser, Vorsitzender des BV Flandersbach, bedankt sich für die Einladung und stellt fest, dass schon einiges gemeinsam mit der Stadt erreicht wurde. Er bittet den Rat, der „abgespeckten“ Alternative zuzustimmen und schließt sich der Forderung an, in einem Jahr die Wirksamkeit der neuen Regelung zu überprüfen. Die Verwaltung sagt die Prüfung zu. Frau Dr. Panke dankt Herrn Klüser und dem BV Flandersbach für ihr ehrenamtliches Engagement und die Zusammenarbeit.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um auf der Flandersbacher Straße zwischen der Bushaltestelle Vogelsmühle und Haus Flandersbach 40 eine „Rechts-vor-Links-Regelung“ einzuführen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	31	11	8	6	3	1	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 6 öffentlich rechtliche Vereinbarung mit dem RPA des Kreises Mettmann
Vorlage: 10/11-001-2019

Keine Wortmeldungen; die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.



TOP 7 Übertragung der Befugnis zur Pensionsfestsetzung auf die Rheinischen Versorgungskassen (RVK)
Vorlage: 10/11-002-2019

Herr Effert begrüßt die Übertragung, da so Auslegungsprobleme vermieden werden können. Frau Dr. Panke stellt fest, dass die Übertragung die effizientere Lösung ist.

Beschluss:

Die Befugnis der Obersten Dienstbehörde gem. § 57 Abs. 1 LBeamtVG NRW zur Festsetzung der Versorgungsbezüge (Pensionsbezüge) der Wahlbeamten der Stadt Wülfrath wird auf die RVK übertragen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	31	11	8	6	3	1	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 8 Sperrvermerk DMS
Vorlage: 10/11-005-2019

Herr Mrstik erklärt, dass wegen des Lenkungskreises Digitalisierung zwar noch einige Fragen offen sind, die Grünen aber hier zustimmen werden, damit die Verwaltung mit der Arbeit beginnen kann. Frau Dr. Panke dankt ihm und nennt den Beschluss einen wichtigen Schritt, um das E-Government in der Verwaltung zu unterstützen.

Beschluss:

Der Sperrvermerk zum Thema DMS wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	31	11	8	6	3	1	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 9 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2018
Vorlage: 20-002-2019

Keine Wortmeldungen; die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.



TOP 10 Haushaltssatzung der Stadt Wülfrath für die Haushaltsjahre 2018 / 2019
Vorlage: 20-003-2019

Keine Wortmeldungen; die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 11 Betriebsabrechnung 2016/2017 - Gebührenhaushalt Abfallentsorgung -
Vorlage: 20-004-2019

Keine Wortmeldungen; die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 12 Betriebsabrechnung 2016/2017 - Gebührenhaushalt Straßenreinigung und Winter-
dienst -
Vorlage: 20-005-2019

Keine Wortmeldungen; die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 13 Betriebsabrechnung 2016/2017 - Gebührenhaushalt Friedhof -
Vorlage: 20-006-2019

Keine Wortmeldungen; die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 14 Betriebsabrechnung 2016/2017 - Gebührenhaushalt Rettungsdienst -
Vorlage: 20-007-2019

Keine Wortmeldungen; die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 15 Obligatorische Übertragung von Haushaltsermächtigungen aus 2018 nach 2019 ge-
mäß § 22 KomHVO (alt: § 22 GemHVO)
Vorlage: 20-008-2019

Keine Wortmeldungen; die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.



TOP 16 Beantragte Übertragungen von Haushaltsermächtigungen aus 2018 nach 2019 gemäß § 22 KomHVO (alt: § 22 GemHVO)
Vorlage: 20-009-2019

Herr Ritsche erläutert die Änderungen. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Die beantragten Haushaltsermächtigungen werden aus 2018 nach 2019 übertragen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	31	11	8	6	3	1	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 17 Änderung der Satzung über die abweichende Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen des Standesamtes nach dem Personenstandgesetz (Gebührensatzung Standesamt)
Vorlage: 32-001-2019

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorliegende Änderung der Satzung der Stadt Wülfrath über die abweichende Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen des Standesamtes nach dem Personenstandsgesetz (Gebührensatzung Standesamt) zum 01.04.2019.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	31	11	8	6	3	1	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 18 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in der Stadt Wülfrath am 26. Mai 2019, 29. September 2019 und 01. Dezember 2019
Vorlage: 32-002-2019

Herr Schorn erläutert, dass es bei Verdi einen Meinungswechsel gab. Er hat die neue Verdi-Ansprechpartnerin auf frühere Verdi-Zustimmungen und die gute Zusammenarbeit hingewiesen, aber Verdi lehnt heute verkaufsoffene Sonntage ab. Trotzdem bleibt die Verwaltung bei ihrer Verordnung.



Frau Kuchler stellt fest, dass Wülfrath sparsam mit verkaufsoffenen Sonntagen umgeht und die Linke daher zustimmen wird.

Beschluss:

Die ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in der Stadt Wülfrath wird für das Jahr 2019 beschlossen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig		
Mehrheitlich	x	ja

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	28	11	5	6	3	1	1	1
Ablehnung	1		1					
Enthaltung	2		2					

TOP 19 Unterbringung Feuer- und Rettungswache und Baubetriebshof
Vorlage: II-004-2019

Im HFA wurde der Beschlusstext an einer Stelle geändert (fett markiert).
Herr Herbes stellt fest, dass in der Beschlussvorlage „eine nicht ständig besetzte Feuerwache“ steht. Im AUO hatte die Verwaltung zugesagt, auch die Anforderungen an eine ständig besetzte Wache zu betrachten. Herr Ritsche antwortet, dass die Verwaltung diese Möglichkeit mit prüft. Herr Effert betont besonders zu Punkt 4., dass Gewerbeflächen wertvoll sind und ruft die Verwaltung auf, weiter einen Partner für den Baubetriebshof zu suchen. Frau Dr. Panke sagt zu, dass weiter ein Partner, aber auch andere Standorte für den Baubetriebshof gesucht werden.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, **unter Einbindung externer Expertisen alsbald möglich** ein Raumprogramm zur Errichtung
 - a) einer nicht ständig besetzten Feuerwache für bis zu 110 Mitglieder der Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr sowie für 15 städtische Mitarbeiter/-innen im Tagesdienst
 - b) einer Rettungswache zur Stationierung und Besetzung von Rettungsmitteln gem. Bedarfssplan für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann in Abstimmung mit den Verhandlungsbevollmächtigten der Krankenkassen als Kostenträger der entsprechenden Gebühren
 - c) eines Baubetriebshofes für 30 in Voll- oder Teilzeit beschäftigte Mitarbeiter/-innen auf dem Standort des ehemaligen Bahngeländes zu erarbeiten und den politischen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für das ehemalige Bahngelände ein städtebauliches Konzept zu erarbeiten um dort unter Berücksichtigung einer langfristig freizuhaltenden Bahntrasse die Unterbringung der unter Ziffer 1 genannten Einrichtungen vorzusehen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, wie im Nahbereich einer neu gebauten Feuer- und Rettungswache auf dem Bahngelände Wohnraum für 8 Mitglieder der Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr angeboten werden kann.



4. Die Verwaltung wird beauftragt, alternativ zur Unterbringung auf dem ehemaligen Bahngelände für die Unterbringung des Bauhofes andere Grundstücke zu identifizieren und zu bewerten, soweit sie für eine Gewerbeentwicklung unattraktiver sind als das ehemalige Bahngelände.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	31	11	8	6	3	1	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 20 Verbesserung der Raumsituation der Feuer- und Rettungswache an der Wilhelmstraße Vorlage: 37-001-2019

Im HFA wurde Ziffer 5 hinzugefügt. Der Rat diskutiert kurz, ob nicht besser „bis zu 20%“ beschlossen werden sollten, belässt aber dann den im HFA beschlossenen Text.

Beschluss:

Folgende Maßnahmen werden beschlossen:

1. Erweiterung der Büroflächen um 6 Arbeitsplätze durch Teilung des Schulungsraums
2. Errichtung einer Leichtbauhalle als temporäre Fahrzeughalle mit 2 Stellplätzen und notwendiger Lagerfläche
3. Ersatzbau einer Parkplatzfläche für Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr.
4. Umbau Fahrzeughalle (2 Stellplätze) zum Umkleidebereich
5. **Die Kosten der Umsetzung der Maßnahme werden auf 421.000 € zzgl. 20% gedeckelt.**

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	31	11	8	6	3	1	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 21 Änderung der Satzung über die Benutzung der Wülfrather Medien Welt Vorlage: 40/52-001-2019

Herr Peetz betont, dass ein wichtiger Baustein der vom Rat beschlossenen Strategie „Wülfrath 22+“ das Bildungsangebot ist. Da das Lesen dazugehört, stimmt die WG gegen die Entgelterhöhung beim Leseausweis.



Beschluss:

Die Änderung der Satzung über die Benutzung der Wülfrather Medien Welt wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig		
Mehrheitlich	x	ja

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	24	11	8		3		1	1
Ablehnung	7			6		1		
Enthaltung								

TOP 22 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Sportstätten der Stadt Wülfrath
Vorlage: 40/52-002-2019

Herr Effert stellt fest, dass auch hier eine 10%ige Erhöhung beschlossen werden soll. Die CDU stimme dem nicht gern zu, aber die Erhöhung sei notwendig und wurde im Hausiko auch so beschlossen.

Beschluss:

Die Benutzungs- und Entgeltordnung der Sportstätten der Stadt Wülfrath wird ab 01.08.2019 geändert.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	30	11	8	6	3		1	1
Ablehnung								
Enthaltung	1					1		

TOP 23 Anpassung der Eintrittspreise für die Wülfrather Wasser Welt
Vorlage: 40/52-003-2019/1

Frau Kuchler macht deutlich, dass die Linke sich mit den Gebührenerhöhungen schwer tut. Sie könnte zustimmen, wenn es in Wülfrath Sozialtarife gebe so wie in Mettmann. Aber so könnten sich immer mehr Menschen den Schwimmbadbesuch nicht leisten, was zu weniger Besuchern, zur Privatisierung und schlimmstenfalls zur Schließung führen könnte.

Beschluss:

Ab 01.08.2019 gelten für die Wülfrather Wasser Welt folgende Tarife:

Hallenbad:	€
Kinder / Jugendliche (6 – 17 Jahre)	2,20
Erwachsene	4,40



Schwimmunterricht	43,00	
Kindergeburtstag	11,00	
Sauna:		
Kinder / Jugendliche (6 – 17 Jahre)	5,00	
Erwachsene	15,00	
Mondscheintarif (ab 18.30 Uhr)	10,00	
Geldwertkarten		
	Wert	Preis
Bronze	27,50	24,00
Silber	44,00	37,00
Gold	88,00	70,00
Platin	150,00	118,00

Abstimmungsergebnis

Einstimmig		
Mehrheitlich	x	ja

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	30	11	8	6	3		1	1
Ablehnung	1					1		
Enthaltung								

TOP 24 OGATA - Einrichtung einer 5. Gruppe an der Lindenschule Vorlage: 40/52-009-2019

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

An der Gemeinschafts-Grundschule Lindenstraße wird zum Schuljahr 2019/2020 eine 5. OGATA-Gruppe eingerichtet.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	31	11	8	6	3	1	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 25 Bedarfsmeldung Tagesbetreuung für Kinder 2019/2020 Vorlage: 51-002-2019

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:



Die vorgelegte Bedarfsmeldung der Tagesbetreuung für Kinder für das Kindergartenjahr 2019/2020 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	31	11	8	6	3	1	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 26 Sachstand KiBiz-Reform Vorlage: 51-003-2019

Frau Berster berichtet, dass es noch keine neuen Erkenntnisse gibt, insbesondere bezüglich der Mittelverteilung.

TOP 27 Nachnutzung Wilhelmstraße 189 / CDU-Antrag vom 10.10.2018 "Vermarktung VHS-Gebäude" Vorlage: III-003-2019

Herr Peetz bittet darum, seine im Vorfeld gestellten Fragen zu beantworten:

Aus einer Verwaltungsvorlage vom 27.10.2005 anlässlich des geplanten Umzugs des Museum in den Zeittunnel geht hervor, dass für Ausstellungseinrichtung incl. Konzeption zwischen 1000 und 2000 €/qm anzusetzen sind. Selbst wenn man diese Zahl nicht indiziert und selbst wenn man den unteren Wert ansetzt, sind bei einem Umzug des Museums in das VHS-Gebäude 750.000 € „Museumskosten“ anzusetzen. Diese Kosten sind zu den 30% Eigenanteil an den Gebäudekosten (360.000 €) hinzuzurechnen.

- 1. Sind neben der energetischen Ertüchtigung sowie der Schaffung von Barrierefreiheit auch solche nutzungsbedingten Kosten förderfähig?*
- 2. Der angedachte Umzug des Museums wird damit begründet, dass dann Räume für die Sekundarschule frei werden. Gibt es in der Verwaltung Pläne, die eine Erweiterung der Sekundarschule ohne die Inanspruchnahme von Museumsräumen ermöglicht?*
- 3. Wie lang ist der Zeitraum der Zweckbindung?*

Frau Dr. Panke macht vor der Beantwortung der Fragen deutlich, dass es nicht um einen Beschluss geht, wer wie wann wohin umziehen soll, sondern um einen neutralen Auftrag. Herr Peetz stellt klar, dass der Umzug der Medienwelt für die WG nicht in Frage kommt und die Tagespflege auch nicht. Die WG hat die alte Vorlage von 2005 zu einem Museumssumzug geprüft. Frau Dr. Panke fragt, wie die Empfehlungen 2005 überhaupt zustande gekommen sind. Sie betont, dass es für einen eventuellen Umzug des Museum Fördermittel gibt (Stichwort „Heimat“), dass dieses Thema aber nicht verfolgt werden soll, wenn der Trägerverein damit nicht einverstanden ist. Sie bittet um einen gewissen Zeitraum, um die Möglichkeiten für das Gebäude zu prüfen.

Zu Frage 3 teilt Frau Dr. Panke mit: Allgemein gilt eine Fördermittelbindung von 20 Jahren bei öffentlicher Nutzung. In der Vergangenheit konnte das Gebäude Wilhelmstraße 189 nicht be-



rücksichtigt werden, da für Gebäude im STEP keine Förderung vorgesehen war. Das ist jetzt der Fall.

Zu Frage 2 von Herrn Peetz teilt die Bürgermeisterin mit, dass für die Sekundarschule derzeit ein Raumprogramm erstellt wird und die Frage jetzt noch nicht beantwortet werden kann.

Herr Effert weist darauf hin, dass das Gebäude als abgängig galt und deshalb die VHS ausgezogen sei. Nun soll ein altes Gebäude ertüchtigt werden mit 70% Fördermitteln. Herr Barnat habe gesagt, es mache keine Arbeit, bis der Antrag gestellt sei – das könne aber erst Ende 2020 geschehen. Solange stehe das Gebäude leer.

Herr Mrstik argumentiert, es sei gerade richtig zu prüfen, ob nicht eine städtische Nutzung in ein eigenes Gebäude umziehen kann. Das jetzige Gebäude der Medien-Welt sei auch nicht für eine Bücherei errichtet worden. Die Grünen sprechen sich dafür aus, der Verwaltung drei oder sechs Monate Zeit für die Prüfung zu geben. Gebe es dann kein Konzept, könne der Verkauf überlegt werden. Die Grünen sind auch für andere Alternativen offen, so Mrstik.

Herr Hoffmann gibt die SPD-Meinung wieder, dass es gut und richtig sei, hier eine öffentliche Nutzung unterzubringen. Dass die Medien-Welt ins Spiel kam, hat mit dem Hausiko zu tun. Die Verkaufsentscheidung zum Gebäude Wilhelmstraße 189 liege acht Jahre zurück, und seither habe sich einiges geändert. Herr Hoffmann nennt u. a. die aktuelle Bausubstanzbeurteilung, die städtebauliche Bedeutung und die Vermeidung der Ausdünnung städtischen Vermögens. Die Medien-Welt sei schon am jetzigen Standort kein wirklicher Frequenzbringer, und es könne nicht der richtige Weg sein, Wirtschaftsförderung durch Anmietung privater Räumlichkeiten zu betreiben. Die SPD wird daher für die Prüfung und gegen den Verkauf des Gebäudes Wilhelmstraße 189 stimmen.

Frau Küchler spricht sich für die Linke für den Prüfungsauftrag aus. Sie wirft Herrn Effert vor, dass er seit Jahren den Verkauf städtischer Gebäude fordere, dass dies aber kein guter Weg sei, um Wülfrath zu helfen, und außerdem ein städtebaulicher Fehler.

Herr Altmann betont die Wirkung der Optik – bei der Medienwelt am jetzigen Standort könne man schon von außen sehen, was da los sei. Viele Besucher gingen jetzt wegen der Lage in die Medienwelt und weil ein Café daneben ist.

Herr May spricht sich gegen den Verkauf aus und schlägt eine Nutzung als Bürocenter für Kleingewerbe vor.

Herr Ritsche verweist auf den Ratsbeschluss vom 04.12.2018, wonach die beabsichtigte Unterbringung der Medienwelt in einem eigenen Gebäude mit dem Hausiko dokumentiert wurde. Er bittet den Rat, an die wirtschaftlichen Vorteile dieser Lösung zu denken.

Herr Barnat erläutert, dass die Verwaltung bewusst keine Nutzung vorgeschlagen hat, da bisher nur für eine Nutzung (Medien-Welt) konkrete Aussagen gemacht werden können. Er sagt die detaillierten Daten für die beiden anderen möglichen Alternativen für Juni zu. Durch die 70%ige Förderung ergibt sich aber ein Mehrwert für den Erhalt städtischen Vermögens.

Frau Dr. Panke weist noch einmal daraufhin, dass auch andere als die drei genannten Alternativen geprüft werden können.

Frau Berster erläutert die Alternative Großtagespflege. Damit ist die Kindertagespflege gemeint, bei der eine hohe Nachfrage besteht. Die Stadt hat die Pflicht zur Erfüllung des Rechtsanspruchs. Derzeit hat die Stadt eine ausgelagerte Tagespflege, die in das Gebäude Wilhelmstraße 189 einziehen könnte. Bei einer Kindertagespflege sind andere Voraussetzungen zu erfüllen als bei einer Kita. Frau Berster macht deutlich, dass nicht „ein Café“ in das Gebäude mit einziehen soll, sondern dass Beratungsleistungen angeboten werden könnten, die möglicherweise in Zusammenarbeit mit einem Café erbracht werden. Sie ergänzt, dass es für die Schaffung neuer Kindertagespflegen ebenfalls Fördermittel gibt.

Herr Peetz bemängelt, dass der Verwaltung in fünf Monaten nur drei Nutzungsmöglichkeiten eingefallen sind. Er kritisiert den Trägerverein des Museums, der sich gegen einen Umzug stelle, und betont, dass das Museumsgebäude früher ein Auslieferungslager gewesen sei und nicht als Museum gebaut wurde. Er zweifelt zudem das Argument der Wirtschaftlichkeit an und bittet um die Beantwortung der restlichen o. g. Fragen. Herr Barnat erläutert, dass in der Verwaltung keine Planungen für den Ausbau der Sekundarschule gefunden wurden.

Herr Peetz beantragt eine Beratungspause. Der Rat stimmt dem zu.



Nach der Pause (19.03 – 19.14 Uhr) teilt Herr Peetz für die WG mit, dass sie dem Prüfauftrag zustimmen werden und in der Ratssitzung am 09.07.2019 eine Entscheidung treffen möchten. Das Raumkonzept der Sekundarschule soll am 09.06.2019 vorliegen, das wolle die WG gern abwarten.

In der weiteren Diskussion wird die Beschlussvorlage in Variante a wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für eine öffentliche Nachnutzung des Gebäudes Wilhelmstraße 189 zu erarbeiten, die im Rahmen des Stadtentwicklungsprogramms förderfähig ist, **und bis zur nächsten Fachausschusssitzung am 25.06.2019 und zur Ratssitzung am 09.07.2019 vorzulegen.**

Der Schulausschuss soll ggf. am 25.06. gemeinsam mit dem AWS, dem AKSF und dem JHA tagen.

Der Rat einigt sich darauf, über Variante a) abzustimmen. Gibt es hierfür eine Mehrheit, muss über Variante b) nicht mehr abgestimmt werden.

Beschluss in der geänderten Fassung:

- a) Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für eine öffentliche Nachnutzung des Gebäudes Wilhelmstraße 189 zu erarbeiten, die im Rahmen des Stadtentwicklungsprogramms förderfähig ist, **und bis zur nächsten Fachausschusssitzung am 25.06.2019 und zur Ratssitzung am 09.07.2019 vorzulegen.**

Abstimmungsergebnis

Einstimmig		
Mehrheitlich	x	ja

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	20		8	6	3	1	1	1
Ablehnung	11	11						
Enthaltung								

TOP 28 Nachnutzung Wilhelmstraße 76 / CDU-Antrag vom 10.10.2018 "Vermarktung Altes Rathaus" Vorlage: III-007-2019

Herr Effert teilt mit, dass die CDU ihren Antrag auf Verkauf des Gebäudes Wilhelmstraße 76 zurückzieht und Variante a ergänzen möchte um den Zusatz „bis 01.10.2019“. Gleichzeitig soll die Vorlage im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung nicht weiter verfolgt werden, da sie der Verwaltung Ketten anlege.

Der Beschlussvorschlag Variante a) wird wie folgt ergänzt:

- a) Die Verwaltung wird beauftragt, **gemeinsam** mit der Tochtergesellschaft Stadtwerke Wülfrath GmbH **bis zur nächsten Fachausschusssitzung am 17.09.2019 und zur Ratssitzung am 01.10.2019** ein Konzept für eine Nachnutzung des Gebäudes Wilhelmstraße 76 **durch die Stadtwerke** zu erarbeiten.



Beschluss in der geänderten Fassung:

- a) Die Verwaltung wird beauftragt, **gemeinsam** mit der Tochtergesellschaft Stadtwerke Wülfrath GmbH **bis zur nächsten Fachausschusssitzung am 17.09.2019 und zur Ratssitzung am 01.10.2019** ein Konzept für eine Nachnutzung des Gebäudes Wilhelmstraße 76 **durch die Stadtwerke** zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	31	11	8	6	3	1	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 29 Antrag Die Linke v. 28.02.2019 - Teilhabechancengesetz nutzen
Vorlage: BVV-005-2019

Frau Kuchler erläutert, dass die Stadt zum Wohl der Infrastruktur Unterstützung brauche, die Langzeitarbeitslose geben könnten. Die Förderung (und damit die Beschäftigung) läuft über fünf Jahre. Der Kreisdirektor und Herr Holl vom Jobcenter bestätigten, dass die so über fünf Jahre Beschäftigten danach ihre Tätigkeit bei der Stadt beenden. Es besteht weder eine Übernahmeverpflichtung noch ein Weiterbeschäftigungsanspruch. Die Linke wünscht sich, dass die Verwaltung diese Chance wahrnimmt. Herr Benner ergänzt, dass die betriebliche Altersvorsorge und das Weihnachtsgeld nicht gefördert werden. Die Verwaltung will aber die Chance nutzen, deshalb war er am Tag vor der Ratssitzung beim Jobcenter. Es kommt noch ein Gespräch mit der Kommunalaufsicht wegen der Auswirkungen auf den Haushalt.

Herr May regt an, schnell aktiv zu werden, da andere Interessenten ebenfalls die in diesem Programm einsetzbaren Menschen beschäftigen wollen.

Herr Effert vertritt die Ansicht, dass Herr Benner ja schon aktiv geworden sei und daher kein Prüfauftrag notwendig sei. Frau Kuchler stellt fest, dass es der Linken reicht, wenn Herr Benner im nächsten HFA berichten wird.

Die Linke zieht ihren Antrag zurück.

- Keine Abstimmung -

TOP 30 Antrag die Linke - Resolution: Wülfrath hat keinen Platz für Menschenfeindlichkeit, und Rechtsextremismus, Rassismus - Vorlage: BVV-006-2019

TOP 30.1 Antrag WG/SPD - Resolution gegen Extremismus - Vorlage: BVV-009-2019

Frau Kuchler erläutert, wieso die Linke in ihrer Resolution nur auf den Rechtsextremismus eingeht (Resultat einer Versammlung 2018, die sich mit dem Kampf gegen Rechtsextremismus befasste). Frau Kuchler kann sich auch Änderung in die Richtung der WG-/SPD-Resolution vorstellen, aber dann solle die Formulierung „gegen Extremismus in all seinen Formen“ gewählt werden, da es auch religiösen Extremismus gebe.



Frau Molitor betont die Wichtigkeit, gegen Extremismus vorzugehen. Wie sich die Sprache im Bundestag seit dem Einzug der AFD verändert habe, sei erschreckend.

Frau Dr. Nick erklärt für die Grünen, dass sie der SPD zustimmt, dass die Grünen sich aber eine Diskussion im Vorfeld gewünscht hätten.

Herr Effert betont, dass allgemeine Resolutionen nicht Aufgabe der Wülfrather Politik seien; daher müsse noch ein Wülfrather Bezug vor dem Resolutionstext der WG/SPD eingefügt werden:

Im Hinblick auf die Geschehnisse in unmittelbarer Nachbarschaft von Wülfrath stellt der Rat folgendes fest:

Frau Kuchler betont, dass es auch in Wülfrath Alltagsrassismus gebe und dass die Demonstration in der Vorwoche gegen Rassismus in Mettmann gut war, aber nicht der Anlass für ihre Resolution.

Im zweiten Absatz wird der Text geändert zu: **Wir stellen uns gegen jede Form von Intoleranz, Rassismus und Extremismus in all seinen Formen.**

Der Rat stimmt über die geänderte Resolution der WG/SPD als dem weitergehenden Antrag ab.

Beschluss:

Der Rat verabschiedet die von WG und SPD eingebrachte und in der Ratssitzung geänderte Resolution gegen Extremismus.

Abstimmungsergebnis Antrag WG/SPD:

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	31	11	8	6	3	1	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

Der Resolutionstext in der beschlossenen Fassung lautet:

Resolution

Im Hinblick auf die aktuellen Geschehnisse in der unmittelbaren Nachbarschaft von Wülfrath stellt der Rat Folgendes fest:

Der Rat der Stadt Wülfrath steht für Weltoffenheit und Toleranz und setzt sich für eine demokratische Vielfalt sowie für eine solidarische Gesellschaft ein.

Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind Werte, für die wir stehen. Wir stellen uns gegen jede Form von Intoleranz, Rassismus, und Extremismus in all seinen Formen. Vielfalt macht uns aus. Eine Kultur des Respekts gegenüber allen Menschen - unabhängig von der Nationalität, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Religion oder Weltanschauung, des Alters oder der Behinderung - ist Grundlage unserer politischen Arbeit.

Wir zeigen Haltung und verteidigen unsere Vorstellung von einer solidarischen Gesellschaft. Wir setzen uns aktiv mit links- und rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien auseinander. Schweigen und Wegschauen sind keine Antwort.

Haltung zu zeigen bedeutet auch, den Dialog mit potenziellen Sympathisantinnen und Sympathisanten von Populisten nicht abreißen zu lassen. Wir müssen auf diejenigen zugehen, die sich von den Versprechungen angezogen fühlen - oft aus der Sorge heraus, ungerecht behandelt, abgehängt oder nicht gehört zu werden - und Alternativen aufzeigen. Wir wissen, dass einfache Lösungen und Schuldzuweisungen nicht die Probleme und Nöte lösen. Deshalb müssen wir



unsere Politik und unsere Positionen bürgernah und möglichst für jedermann verständlich aufzeigen.

Dabei stehen wir für eine sachliche, Streitbare und konstruktive Diskussionskultur. Wir lassen eine Sprache der Abwertung, Ausgrenzung und der Herabwürdigung nicht zu.

So rufen wir alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, Politikerinnen und Politiker, Personen des öffentlichen Lebens aus Kultur, Vereinen, den Glaubensgemeinschaften und der Wirtschaft auf, in Zeiten wie diesen Gesicht zu zeigen. Gemeinsam müssen wir wachsam sein und mit Taten und Worten gegen Diskriminierung und Intoleranz handeln.

TOP 31 Antrag SPD v. 07.03.2019 - Resolution Straßenausbaubeiträge
Vorlage: BVV-007-2019
und Antrag WG zu TOP 31 - Info-Veranstaltung Straßenbaubeiträge
Vorlage: BVV-008-2019

Herr Hoffmann begründet die SPD-Resolution. Viele Baumaßnahmen im Straßenausbau stünden an, und sie sollten nicht über Beiträge finanziert werden. Das Land soll das KAG reformieren. Die SPD werde dem Antrag der WG zustimmen, eine Informationsveranstaltung zum Thema Straßenausbaubeiträge zu fordern. Der Text sollte ergänzt werden um „**Verband Wohneigentum**“; dieser soll auch eingeladen werden.

Herr Effert betont, dass die CDU die Resolution nicht für geeignet hält, die Diskussion zu versachlichen. Eine Informationsveranstaltung findet die CDU gut, in den Antrag sollte aber der Text „**unter besonderer Beachtung der Situation in Wülfrath**“ eingefügt werden. Frau Dr. Panke erläutert, dass die Stadt daran interessiert ist, eine vollständige Gegen- oder Alternativfinanzierung zu erhalten. Wo und in welcher Form aber das Geld auf Landesebene herkommen soll, ist unklar. Es besteht das Risiko, dass eine solche Finanzierung nicht kommt, nur pauschaliert wird und daher nicht auskömmlich ist oder/und die Kommunen bei Abschaffung der Straßenausbaubeiträge die Mittel aus anderen eigenen Quellen ziehen müssen. Daher wird sie sich bei der Resolution enthalten.

Herr Peetz gibt an, dass die WG bei dem Thema nicht festgelegt ist und daher die Informationsveranstaltung beantragt. Sie vermisst bei der SPD den Deckungsvorschlag. Herr Mrstik erläutert, dass die Grünen sich mit der Resolution schwer tun, da sie nicht den Kern des Problems treffe (Lösung für Beiträge in existenzbedrohender Höhe). Die Grünen werden sich daher enthalten. Herr Sträßer merkt an, dass der Antrag der SPD zeige, wie notwendig der Antrag der WG sei. Der Informationsbedarf ist hoch. Er schlägt vor, nach Ostern einen Termin zu suchen. Frau Kückler schlägt vor, dass die SPD die Resolution jetzt zurückzieht und nach der Informationsveranstaltung neu überlegt wird. Herr Hoffmann stimmt dem zu; die SPD zieht den Antrag für die Resolution zurück.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bürgerinformationsveranstaltung zum Thema Straßenausbaubeiträge unter besonderer Beachtung der Situation in Wülfrath durchzuführen. Mögliche Teilnehmer sind Vertreter des Städte- und Gemeindebundes, Vertreter des Bundes der Steuerzahler und des Verbandes Wohneigentum sowie Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	31	11	8	6	3	1	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								



TOP 32 Anzeige der Bürgermeisterin über ihre Nebentätigkeit und Nebeneinnahmen gem. § 17
Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW
Vorlage: BVV-004-2019

Keine Wortmeldungen; die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 33 Umbesetzung von Gremien und Ausschüssen
Vorlage: BVV-002-2019

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die von der SPD-Fraktion am 28.02.19 und von der WG-Fraktion am 20.02.19 beantragten Umbesetzungen in den Ausschüssen der Stadt Wülfrath werden lt. anliegender Besetzungslisten beschlossen. Die Änderungen wurden (*kursiv* und unterstrichen) kenntlich gemacht.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP
Zustimmung	30	11	8	6	3	1	1
Ablehnung							
Enthaltung							

TOP 34 Mitteilungen und Anfragen

Radweg Düssel: Herr Sträßer fragte nach dem Stand eines Fahrradwegs zum S-Bahnhof Hahnenfurt/Düssel. Das Planungs-, Ordnungs- und Tiefbauamt sowie der ADFC haben vor Ort die Möglichkeiten eines Fahrradweges geprüft. Danach wird die Lösung favorisiert, bergauf in Richtung S-Bahn-Haltepunkt Hahnenfurt/Düssel einen Gehweg mit Freigabe für Radverkehr einzurichten. Bergab sehen die Experten keine Notwendigkeit und auch keine Möglichkeit, einen Radweg einzurichten. Hier ist die Beteiligung der Stadt Wuppertal erforderlich, da der letzte Abschnitt des Weges auf Wuppertaler Gebiet liegt.

Der ebenfalls diskutierte Verlauf weg von der Straße ist nicht zu empfehlen, da er über Privatgrundstücke und weitgehend über Wuppertaler Stadtgebiet verläuft. Außerdem müsste der Weg neu angelegt werden, was zu höheren Kosten führt, und er müsste beleuchtet sowie instandgehalten werden.

Dies ist eine praktikable Lösung, um sicher mit dem Rad zum neuen S-Bahn Haltepunkt Hahnenfurt/Düssel zu gelangen. Unter Berücksichtigung der Mitteilungen zu den Problemen und entstehenden Zeitverzögerungen hinsichtlich der Inbetriebnahme des S-Bahn-Verkehrs haben alle Beteiligten nun mehr Zeit, an einer weiteren Verbindung für den Rad- und Fußgängerverkehr zwischen Düssel und dem neuen Bahnhof zu arbeiten.

Kanaldeckel: Herr Sträßer fragt, wann die zu tief liegenden Kanaldeckel auf der Wilhelmstraße wieder angehoben werden.

Auf dem Abschnitt der Wilhelmstraße von Einmündung Henry-Ford-II-Straße bis zum Kreisverkehr Hammerstein sind zwei Schachtdeckel in Höhe Haus-Nr.70 und Haus-Nr. 66 anzuheben.



Da hier der Asphalt auf einer Länge von ca. 25 m und der gesamten Fahrbahnbreite durch das LSBA (Landesstraßenbauamt) erneuert werden soll, ist das Tiefbauamt mit dem Straßenbau-
lastträger überein gekommen, die Schachtdeckel zusammen mit der Maßnahme des LSBA erst nach Vollendung des Neubaus des Kreisverkehrs Mettmanner Straße auszuführen. Zudem liegen im weiteren Verlauf der Wilhelmstraße insgesamt vier Schachtdeckel zu tief in ihrem Geschränk, was zu Abrollgeräuschen führt. Diese Schachtdeckel sollen durch den städtischen Bauhof durch elastische Einlagen wieder plan mit der Straßenoberfläche eingesetzt werden. Diese Arbeiten werden, nach Beseitigung der Sturmschäden, voraussichtlich noch vor den Osterferien ausgeführt.

Frau Kohn lädt für den 01.04.2019 zur Eröffnung der **Ausstellung** „Mütter des Grundgesetzes ins Rathaus ein.

Frau Dr. Panke lädt zum **Frühlingsfest des Freundeskreises Städtefreundschaft** ein. Es findet bei schönem/trockenem Wetter am 04.05.2019 von 12 bis 16 Uhr im Mehrgenerationenpark In den Banden statt. Vertreter aus Bondues und Ware werden teilnehmen. Frau Dr. Panke lädt die Fraktionen ein, einen gemeinsamen Kuchenstand anzubieten. Der Rat äußert Zustimmung. Die Fraktionen sollen Frau Drasinin je zwei Personen nennen, die vor Ort sein werden.

Herr Schorn teilt mit, dass für den **Wahllokaldienst** bei der Europawahl noch Helfer gesucht werden und ruft die Ratsmitglieder auf, sich bei ihm zu melden.

Herr Mrstik fragt, wie der Stand bei der Suche nach einem neuen **Zeittunnel-Betreiber** ist. Die CDU-Kreistagsfraktion sei wohl nicht so dafür. Frau Dr. Panke antwortet, dass sie in ständigem Kontakt mit dem Landrat steht. Der Kreistag hat ein Konzept in Auftrag gegeben für die Ausrichtung der Neandertal Marketing GmbH, das im Herbst 2019 vorgelegt werden soll. Vorher wird der Kreis keine Entscheidung treffen. Die Bürgermeisterin führt weiter aus, dass sie auch mit dem Förderverein im Gespräch ist wegen möglicher Betreiber-Modelle. Daran hängt auch das Planungsrecht für die Nutzung des Außengeländes. Der Kreis muss bei einer Planänderung beteiligt werden; im Vorfeld sind Lärm- und Verkehrsgutachten notwendig. Nach den Osterferien findet ein Termin mit dem LVR statt. Dabei wird es um die Fördermittelrückzahlung, vor allem aber um die fachlichen Anforderungen an den Zeittunnel-Betreiber gehen. Herr Mrstik fragt nach den tatsächlich einzusparenden Kosten. Frau Molitor antwortet, dass Fragen nach den Kosten schon von der SPD gestellt und im AKSF-Protokoll beantwortet wurden.



anwesend

Ratsmitglied

Herr Hans-Peter Altmann
Frau Dunja Baumhardt
Herr Frank Berg
Herr Uwe Buschmann
Herr Hans-Joachim Czerwonka
Herr Sascha Dellmann
Herr Axel Effert
Herr Udo Eigen
Herr Siegfried Gartmann
Herr Reiner Heinz
Herr André Herbes
Herr Manfred Hoffmann
Frau Ilona Kuchler
Herr Claus Leifeld
Herr Thomas May
Frau Bettina Molitor
Herr Stephan Mrstik
Frau Angela Nadolski
Frau Dr. Ophelia Nick
Herr Axel Paul
Herr Wolfgang Peetz
Frau Dr. Elke Platzhoff
Herr Wolfgang Preuß
Herr Patrick Schneider
Herr Christian Schölzel
Herr Andreas Seidler
Herr Martin Sträßer
Herr Mario Sülz
Frau Renate Theis
Herr Hans-Juergen Ulbrich

Verwaltungsmitarbeiter/in

Herr Martin Barnat
Herr Marcus Benner
Frau Michaela Berster
Frau Sabine Drasnin
Herr Florian Gerstacker
Frau Gudula Kohn
Herr Rainer Ritsche
Herr Sebastian Schorn

Bürgermeister/in

Frau Bürgermeisterin Dr. Claudia Panke



Wülfrath, den 20. April 2019

(Bürgermeisterin
Dr. Claudia Panke)
Vorsitzende

(Sabine Drasnin)
Schriftführerin

Die Niederschrift ist im Original unterschrieben. Das Dokument wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.